

Sehr geehrte Damen und Herren,

ÖkoLinX-Antirassistische Linke steht für eine soziale und ökologische Politik sowie konsequent gegen die Faschisierung der Gesellschaft, gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Sexismus.

Die soziale Frage erstreckt sich durch fast alle Lebensbereiche. Besonders brisant beim Thema Wohnen: Wohnungsnot, überteuerte Mieten, Zwangsräumungen. Gremien diskutieren das Thema rauf und runter, Medien berichten, doch es tut sich wenig bis nichts. Zumindest nicht zum Besseren, sondern zum schlechteren. Der Konzern Vonovia saniert bundesweit zigtausende Wohnungen und wälzt die Kosten auf die Mieter ab. Dies bedeutet Mieterhöhungen von teilweise bis zu 60 Prozent. Dank § 559 BGB ist das legal, er hebt normal geltende Mieterhöhungshemmnisse aus. Auch in Ludwigsburg sind Menschen davon betroffen, vor allem Menschen mit geringem Einkommen. Viele fürchten die Obdachlosigkeit, in einigen Städten hat sich bereits Protest formiert und Zugeständnisse erkämpft. In der Sache sind Modernisierungen nichts Schlechtes, im Gegenteil. Aber in diesem Wirtschaftssystem sind sie für viele Menschen kein Grund zur Freude, sondern existenzgefährdend. Dieser Widerspruch sollte doch zum Hinterfragen dieser Wirtschaftsweise anregen.

Doch weder diese Zugeständnisse werden den Mietenwahnsinn stoppen, noch kommunale Beschlüsse, deren Umsetzung sich um Jahre verzögert. Die Hauptursache ist und bleibt die kapitalistische Produktionsweise, in diesem Fall der Interessensgegensatz zwischen Eigentümern und Mietern. Um die Wohnungsnot und Mietenwahnsinn effektiv zu bekämpfen, müssen zumindest Konzerne wie Vonovia kompromisslos enteignet und die Wohnungen in kommunales Eigentum oder andere Formen des Gemeineigentums überführt werden. Besser noch wäre, das Eigentum prinzipiell infrage zu stellen. Leider lässt sich so etwas nicht im Gemeinderat beantragen. Denn die großen Fragen waren noch nie die Wahlen, Parlamenten und Gremien, sondern immer Ergebnisse gesellschaftlicher Kämpfe.

Kommen wir zu den nicht ganz so großen, aber dennoch bedeutenden Fragen: Die Debatte um die Stadtbahn für Ludwigsburg zieht sich seit Jahrzehnten hin. Ich muss die Details nicht aufzählen, denn das machen andere in gefühlt jeder zweiten Sitzung aufs Neue. Die BRT-Planungen verhindern eine rasche Verbesserung des ÖPNV. Trassen für die bestehenden Busse wären bald eingerichtet, auch auf Strecken auf denen später die Stadtbahn fahren wird. Diese Zwischenlösung wäre schneller und preisgünstiger zu haben als der BRT. Doch natürlich kann man damit nicht so gut prahlen. Ein guter, flächendeckender ÖPNV muss allen zugutekommen. Das Stadtticket, an dem wir mitgewirkt haben, ist dabei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wir fordern mittelfristig einen kostenlosen Öffentlichen Nahverkehr, wie es ihn in einigen Städten bereits gibt.

Je besser und je freier verfügbar der ÖPNV und je attraktiver das Radwegenetzwerk, desto überflüssiger wird das Auto. Autofreie Innenstädte und komplett autofreie Ortschaften sind bereits Realität, doch in der Region Stuttgart stehen dem auch die Interessen der Automobilkonzerne im Weg. Hinzu kommt das Geschrei des Einzelhandels, das bei jedem neuen autofreien Platz eine neue Weltwirtschaftskrise befürchtet, die jedoch bisher jedes Mal ausblieb. Weinen Sie bitte leise – schließlich wollen wir auch den Lärm reduzieren.

Dass Ludwigsburg sich so stark gegen diese ökologisch notwendige Maßnahme wehrt, zeigt doch, dass es mit dem ganzen Nachhaltigkeits- und Ökologiegerede mehr um Imagewerbung als um reale Verbesserungen geht. Es gab Zeiten, da verstand man unter Ökologie auch Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen. Heute sind es auf der politischen Ebene meist unverbindliche Absichtserklärungen und halbherzige Alibi-Aktionen. Auf der persönlichen Ebene beruhigen Teile der Ober- und Mittelschicht ihr Gewissen mit Einkäufen im Bioladen, den sie dann meist mit dem Auto nach Hause fahren.

Wir wollen Autos nicht verbieten oder verdammen, wir wollen sie soweit es geht überflüssig machen.

Leider ist es weder die soziale noch die ökologische Frage, die derzeit im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung steht, sondern die nationale. Letztes Jahr sprachen wir in unserer Rede noch vom Rechtsruck, heute sehen wir diesen Begriff als Verharmlosung an. Wir erleben einen Faschisierungsprozess in Staat und Gesellschaft. Rassismus und Antisemitismus zeigen sich immer enthemmter, quer durch alle Gesellschaftsschichten und Milieus. Hetzjagden wie in Chemnitz sind nur die Spitze des Eisbergs. Jüdische Menschen sitzen zum Teil wieder auf gepackten Koffern. Rassistische Hetze gegen Geflüchtete, Muslime und Menschen, die dafürgehalten werden, ist im politischen Mainstream angekommen, um nicht zu sagen: etabliert. Staatstragende Parteien in Bund und Ländern treiben diese Entwicklung mit voran. Vom ehemaligen Grundrecht auf Asyl ist nicht mehr viel übriggeblieben und die GroKo schickt sich an, auch die Überreste zu beseitigen. Auch in der Sprache passen sich viele ehemalige Verfechter des Asylrechts der Verrohrung an, auch Grüne: Kretschmann sprach von "Männerhorden" als "gefährlichstem Resultat der Evolution". Er meinte damit geflüchtete Menschen, und nicht etwa auch deutsche Männerhorden auf Volksfesten oder männliche Naziherden, die Jagd auf People of Color machen.

Überall betonen Mandatsträger und Funktionäre ihr Verständnis mit besorgten Bürgern, auch hier im Gemeinderat. Verständnis wofür? Wir haben Verständnis dafür, wenn Menschen nicht ihren Bolzplatz weggenommen bekommen wollen. Wir haben Verständnis dafür, wenn sich Menschen über schlechte Kommunikation oder mangelnde Beteiligung aufregen. Wir haben KEIN Verständnis für pauschale "Ängste" vor Menschen mit einer bestimmten Herkunft oder bestimmten optischen Merkmalen. Denn diese Ängste sind nicht etwa Ursache von Rassismus oder gar eine Rechtfertigung dafür, sondern eine Folge davon. So etwas wie eine natürliche Angst vor Menschen die man nicht kennt gibt es nicht: Bei Weltmeisterschaften liegen sich wildfremde Menschen ohne Angst in den Armen und feiern. Natürlich nur, wenn man nicht schon in der Vorrunde rausfliegt. Wenn es neue Nachbarn gibt, die deutsch und weiß sind, gibt es nicht so ein Gezeter, wie wenn es Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung sind. Ohne rassistisches Gedankengut kommt man gar nicht auf diese pauschale Angst. Dieses Gedankengut kann jeder reflektieren und ablegen. Aber Verständnis kann es dafür keines geben.

Von Seiten des Staates äußern sich die Faschisierungstendenzen unter anderem darin, dass Grundrechte immer stärker ausgehöhlt werden, zugunsten einer in manchen Bundesländern fast schon allmächtigen Polizei, beispielsweise in Bayern. Die Unschuldsvermutung wird systematisch ausgehebelt, Bürger haben kaum noch Möglichkeiten sich gegen staatliche Willkür effektiv zur Wehr zu setzen.

"Wehret den Anfängen" war 2015, jetzt sind wir mittendrin. Wir werden keinen Zentimeter von unseren antifaschistischen Grundsätzen abweichen und fordern alle, ob mit oder ohne Mandat dazu auf, die Faschisierung zu bekämpfen statt sie zu dulden oder gar Teil von ihr zu sein.